



Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

wie soll man bei einer Rede den Fokus auf einen kommunalen Haushalt legen, wenn die Welt um einen herum gerade alle Regeln neu schreibt. So meine Damen und Herren habe ich letztes Jahr meine Rede begonnen und leider muss ich auch in diesem Jahr wieder mit einem Blick über den Tellerrand beginnen.

Krieg in Europa, Krieg im Nahen Osten, undemokratische Verwerfungen und natürlich auch ein Klimawandel sind geopolitische Faktoren, die leider auch vor dem Haushalt einer Kommune wie Übach-Palenberg nicht haltmachen.

Lassen sie mich kurz zwei Aspekte ansprechen:

Wenn die Welt derart aus den Fugen gerät gibt es leider viele Menschen, die wegen Hunger, Folter und/oder Verfolgung fliehen, oder die sogar wegen Krieg ihre Heimat verloren haben. Es ist richtig, dass wir in dieser Zeit den Menschen helfen – ihnen Obdach gewähren und Schutz anbieten (und hier bin ich sehr froh, dass wir hier im Rat dies bis jetzt auch immer einheitlich so gesehen haben). Nicht richtig ist es dagegen, diese Not auszunutzen und für populistische Zwecke zu nutzen. Aussagen in einigen sozialen Medien, dass Flüchtlinge unseren kommunalen Haushalt so belasten, dass kein Geld mehr für die Belange unserer Bürger da ist – dies ist nicht nur populistisch und widerwärtig, sondern schlichtweg auch falsch: seit 2021 sind Kosten und Ertrag kostendeckend und auch für dieses Jahr wird der kommunale Haushalt nicht belastet!

Ein zweiter Blick über den Tellerrand liegt etwas näher und richtet sich nach Köln und Heinsberg. Dort sitzen mit dem Landschaftsverband und dem Kreis zwei Organisationen, die sich größtenteils aus der kommunalen Umlage finanzieren. Wenn aber eine Stadt schon mehr Umlage zahlen muss, als sie an Einnahme selbst erzeugen kann so ist hier etwas total aus dem Ruder gelaufen. Nur zwei Werte: Kreisumlage und Realsteuern- die Kreisumlage lag im Jahr 2019 bei 21 Millionen Euro und ist in fünf Jahren um 36 Prozent / also 7,5 Millionen Euro gestiegen. Die Gesamtsumme an den Kreis beträgt nun 28,6 Millionen und dies bei eigenen Steuern in Höhe von 25,7 Millionen. Wir müssten also unsere Bürger eigentlich mit mehr als 10% Steuererhöhungen belasten um lediglich den Kreis zu bedienen – da ist dann noch kein Cent in die kommunale Infrastruktur, in kommunale Schulen oder ähnliches geflossen. Dies meine Damen und Herren ist ein untragbarer Zustand und ich bitte eindringlich unseren Bürgermeister gemeinsam mit Kolleg\*innen und den kommunalen Verbänden tätig zu werden. Der Selbstbedienungsladen „Umlagefinanziert“ gehört gedeckelt und zwar sofort, bevor die Handlungsfähigkeit vollkommen erliegt. Schon heute bräuchten wir bei dem derzeitigen dynamischen Verschuldungsgrad 480 gute Jahre um Schulden abzubauen – weitere Schulden um den Kreis zu finanzieren gehen da gar nicht.

Nun aber direkt nach Übach-Palenberg

Hier sehen wir die Auswirkungen unmittelbar – ein Defizit von 3,6 Millionen Euro, Verlust von 11 Millionen Euro liquider Mittel, Ausblick auf ein Defizit von 11 Millionen Euro in 2026, eine sinkende Investitionsquote, die uns deutlich macht, dass wir viel zu wenig investieren, um dem Substanzverlust durch Vermögensabgänge und



## Haushaltsrede 2024 – es gilt das gesprochene Wort

Abschreibungen entgegen zu wirken. Ansonsten möchte ich hier nicht das (sehr gut beschreibende) komplette Fazit von Herrn Beeck zitieren, aber ihre Schlussbemerkung in der sie die „Folgen einer derartigen Entdemokratisierung“ anmahnen, sollte unser aller Handeln begleiten.

An dieser Stelle möchte ich meinen Dank an die gesamte Verwaltung, die sich an der Gestaltung des Haushalts beteiligt hat richten – namentlich natürlich an den Kämmerer Herrn Beeck – aber auch an jede(n) Kolleg\*in, die durch Sparvorschläge, konstruktive Verbesserungsideen, persönliches Engagement dazu beiträgt, dass wir in einer lebenswerten Stadt leben können, die für die Bürger\*innen bezahlbar bleibt. Sie haben uns einen soliden Haushaltsentwurf vorgelegt, der trotz der widrigen Umstände in vielen Bereichen unsere Zustimmung findet. Erneut sind wir sehr zufrieden mit ihrer vorsichtigen und vorausschauenden Planung.

Neben dieser aus unserer Sicht sehr vernünftigen Finanzplanung gibt es in der Haushaltseinbringung einige Aspekte auf die ich hier näher eingehen möchte:

Ein paar positive Anmerkungen:

- Eine wieder steigende Bevölkerungszahl und eine steigende Anzahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze (8000 erreicht)
- stabile Hebesätze
- kein teurer WoMo Stellplatz am falschen Ort
- erneut 50.000€ bereitgestellt für unsere Spielplätze
- Finanzen bereitgestellt für das integrierte Handlungskonzept und für Sporthallen in Boscheln und Übach
- 1 Millionen für die Digitalisierung an unseren Schulen
- Erweiterung des Angebots von Fahrradabstellmöglichkeiten am Bahnhof

Ein paar kritische Anmerkungen, die uns bei zukünftigen Planungen begleiten sollten und bei denen wir auch einige Änderungsanträge im kommenden Jahr (erneut) einbringen werden:

- Abhängigkeit von wenigen Gewerbesteuerzahlern sollte uns ermutigen die „Ansiedlungspolitik“ zu überdenken
- die geplanten 100.000 € für den privaten Sicherheitsdienst
- Weiterhin keine Unterstützung des Tierheims in Heinsberg durch Steuererleichterung für Tierschutzhunde
- Kein zusätzliches Personal für das Bürgerbüro – hier würden wir uns wieder deutlich mehr Flexibilität wie in Vor-Corona Zeiten wünschen
- die Gesamtsituation im Ü-Bad mit den aktuellen hohen Beratungskosten
- 54.000€ geben wir dieses Jahr für eine nicht zeitgemäße Forstbewirtschaftung aus, dies geht sicherlich deutlich nachhaltiger und preiswerter

Uns fehlt in diesem Haushalt aber noch etwas Wichtiges und deswegen ist er für uns auch nur mit Änderungen zustimmungsfähig:

Die Bewirtschaftungskosten sind von 2021 von 2 Millionen auf 4,5 Millionen Euro in diesem Jahr gestiegen. Jetzt sind dabei natürlich Energiepreise ein erheblicher Kostentreiber gewesen und doch zeigt ja auch die Auswertung von INEV deutlich, dass wir in Übach-Palenberg bei der Energiewende weit hinter dem



Haushaltsrede 2024 – es gilt das gesprochene Wort

Bundesdurchschnitt hinterherhängen. Erfreulich sind da die 160.000€ für Klimaschutzmaßnahmen als ein erster kleiner Schritt in die Energiewende. Auch die 200.000 für die Gründung einer eigenen Energiegesellschaft für den Ausbau erneuerbarer Energie für Übach-Palenberg ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, aber wir denken, dass wir mehr Invest brauchen – für den Klimaschutz aber eben auch für das Senken der Bewirtschaftungskosten.

Wir wollen eine weitere investive Maßnahme für solarthermische Unterstützung bei der Warmwasseraufbereitung (Vakuumkollektoren/Speicher) an städtischen Sportstätten in Höhe von 50.000 € einbringen. Zur Kompensation dann eine entsprechende Kürzung bei der Position „Umlegungsverfahren Drinhausen-Süd“.

Auch beantragen wir eine Neuauflage der „Förderung von Balkonkraftwerken“ mit einem Ansatz von 10.000 € und einer Kompensation durch Reduzierung des Ansatzes „Instandsetzung kleiner Sitzungssaal“.

Die dritte Änderung betrifft den Produktbereich Sicherheit und Ordnung – hier wollen auch wir mehr Personal im Ordnungsamt und Streichung der Mittel für den privaten Sicherheitsdienst.

Neben diesen eigenen Änderungen können wir den Änderungsanträgen der CDU zum Stellenplan folgen, mit dem Vorbehalt, dass die verbliebenen 50.000 € für den Sicherheitsdienst als max. Bedarfszahl gesehen und nicht pauschal ausgezahlt wird und bei der Gegenfinanzierung die Klimaschutzmaßnahmen nicht gekürzt werden.

Auch würden wir beantragen, dass die Eingruppierung aus dem Beschluss genommen wird – E7 ist die Eingruppierung im TVÖD für Ordnungspolizeibeamter, Kommunaler Ordnungsdienst gehört in EG 6 und Ordnungsaußendienst in EG 5.

Zu den Anträgen der SPD:

Unterstützen wollen wir die Zusammenführung Sportheim und Sportplatz Boscheln, wenn dies wirtschaftlich so machbar ist (hier gab es in unseren Beratungen die Rückmeldung, dass die gemeinsame Planung deutlich teurer wird). Zur Personalaufstockung habe ich mich ja bereits positiv geäußert. Auch der Fortführung der Aufforstung können wir natürlich zustimmen, wenn die passende Kompensation dargestellt ist.

Bei den ersten beiden Anträgen der SPD möchte ich auf die Ausführungen im letzten Jahr hinweisen, wo wir bereits ausführlich dargelegt haben, warum wir derzeit keinem Kunstrasen zustimmen werden „Das Fraunhofer Institut hat unter anderem in einer Studie veröffentlicht, dass ein Kunstrasenplatz im Schnitt pro Jahr drei Tonnen Plastik verliert. Die Europäische Chemikalien-Agentur (ECHA) überlegt Gummi-Granulat auf die Verbotliste der sogenannten REACH-Verordnung zu setzen. All dies spricht aus unserer Sicht dafür derzeit auf Kunstrasen zu verzichten.“

Auf Grund der aktuellen Diskussionen könnten wir uns aber folgende Änderung im Haushaltsentwurf vorstellen: Die Positionen 69-74 der Maßnahmenliste werden zusammengeführt zu einer Position „Ertüchtigung von Sportanlagen im Stadtgebiet“ für 1.924.088 €. Dies würde die Gelegenheit geben eine erneute Rückbindung mit dem runden Tisch und dem Fachausschuss zu ermöglichen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit